

## **Nukleare Abschreckung – „eine heute noch mögliche“ ethische Option? Impulsreferat zur Veranstaltung der FEST am 19.09.2019**

Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Vorsitzender des Rates der EKD, München

Impulsreferat bei dem Abendforum „Nukleare Abschreckung. „Eine heute noch mögliche“ ethische Option?“

19. September 2019

Französische Friedrichstadtkirche

---

Liebe Schwestern und Brüder,

manchmal reibe ich mir die Augen, weil ich ein so starkes Dejà-Vue-Gefühl habe. Da kommen Berichte, dass Russland neue atomare Mittelstreckenraketen entwickelt hat und sie stationieren will. Und wir lesen über amerikanische Gegenmaßnahmen. Der Vertrag, der lange Zeit eine Begrenzung der wechselseitigen atomaren Aufrüstung gewährleistet hatte, wird irgendwann von den USA aufgekündigt - als Reaktion auf die russische Aufrüstung. Beide Seiten erklären, dass sie sich an den Rüstungsbegrenzungsvertrag nicht mehr gebunden fühlen. 15 000 Atomsprengköpfe werden auf dieser Erde bereitgehalten, davon weltweit jeweils rund 6000 auf russischer und auf amerikanischer Seite. Trotz dieses unvorstellbaren Zerstörungspotentials wird der Eindruck erweckt, eine Reduktion könne zu einer Situation führen, in der der angenommene Gegner sich zum Einsatz dieser Waffen ermutigt fühle. Deswegen werden die atomaren Sprengköpfe nicht reduziert, sondern mit hohen Milliardenbeträgen modernisiert. Gradualismus-Gedanken kommen auf. Natürlich werden die Atomwaffen nicht von heute auf morgen verschwinden. Aber es muss Schritte in diese Richtung geben, um von der Aufrüstungsspirale in eine Abrüstungsspirale zu kommen.

Nein, wir sind nicht im Jahr 1981. Und dennoch führen wir nach der Euphorie über das Ende des Kalten Krieges Anfang der 90er Jahre nun wieder die scheinbar gleichen Diskussionen wie in den frühen 80er Jahren. Und manche der Sätze, die damals auf den großen Friedendemonstrationen in Bonn vor vielen Hunderttausend Menschen gesagt worden sind, bekommen heute wieder traurige Aktualität.

„Die doppelte Aufgabe evangelischer Friedensethik ist es, den im Evangelium von Jesus Christus verbürgten Frieden zu bezeugen und Orientierung für ein Handeln angesichts der politischen Realität zu geben. Atomwaffen sind ein Teil dieser Realität und können nicht "wegerfunden" werden (Friedendenkschrift Ziff. 164).“

Mit diesen Worten hat die Friedendenkschrift der EKD im Jahr 2007 die Pole formuliert, zwischen denen sich die friedensethische Diskussion immer bewegt hat und bis heute bewegt. Vermutlich kann es als Konsens gelten, dass es zwischen diesen Polen eine klare Spannung gibt. Dass das Zeugnis der Gewaltfreiheit des Bergpredigers Jesus in Spannung steht zur Drohung mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen, liegt zu deutlich auf der Hand als dass man es leugnen könnte.

In der friedensethischen Diskussion innerhalb der EKD haben die Heidelberger Thesen (Nr. VIII) in der Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen zum Zwecke der Abschreckung „noch“ eine Notwendigkeit gesehen. „Noch“ sei die Abschreckung mit Atomwaffen aus realpolitischen und Sicherheitsgründen nicht aufgebbar – auch wenn das mit dem Grundsatz des Friedensgebotes nur schwer in Einklang zu bringen sei. Das war 1959. In der Friedendenkschrift von 2007 ist man „bewusst“ davon abgewichen und hat sich zu einem klaren „Nein“ zur Drohung mit Nuklear-

waffen bekannt (Ziff. 162). Allerdings bleibt in der Friedensdenkschrift umstritten, welche politischen und strategischen Folgerungen aus dieser Einsicht zu ziehen sind.

Eine Folgerung aus der Denkschrift von 2007 erinnert dann doch an die Position von 1959, wenn es heißt, dass man auf den Besitz solcher Waffen zur Abschreckung aus realpolitischen Gründen noch nicht verzichten könne. Einerseits seien die Atomwaffen als Massenvernichtungswaffen oder als nukleare Waffen mit regionalem Ausmaß eindeutig abzulehnen. Andererseits würde eine einseitige Abrüstung ungewollten Mächten, Diktaturen, Terroristen eine Macht in die Hand spielen, der es dann an Gegengewicht fehlen würde. Demgegenüber steht die Grundaussage der Friedensdenkschrift, dass trotzdem weder politisch noch strategisch Abschreckung mit Atomwaffen zu vertreten sei. Im Grundsatz ist die Denkschrift von 2007 so gesehen klarer als die Thesen von 1959, doch was die realpolitischen Folgerungen angeht, bleiben ihre Aussagen umstritten.

Eine ähnliche Haltung – das mag manche überraschen - vertritt Papst Franziskus: in einer Rede vom Nov 2017 begrüßte er den Nuklearen Ächtungsvertrag der UN ausdrücklich und ratifizierte diesen im Vatikanstaat. Und er erklärte weiter, dass Abschreckung nur befristet hingenommen werden könne, als ein Mittel zur Zeitgewinnung, um Krieg generell zu überwinden. Die Kommission *Iustitia et Pax*, die vom Papst eingesetzt wurde, um eine eindeutige Verurteilung der atomaren Abschreckung zu erarbeiten, formuliert weitergehender: Abschreckung mit einer „in sich schlechten Handlung“ (also die Tötung unschuldiger Menschen in Massen) kann von ihrem Wesen her ebenfalls nur schlecht sein.

Es ist die typische Spannung von christlichem Ideal (Feindesliebe) einerseits und andererseits der Hinnahme eines Übels auf Zeit, um diesem wirksam entgegenzuwirken. Bei dieser Position wird nukleare Abschreckung gegenüber Potentaten oder Terroristen, die sich nukleare Macht verschaffen oder verschaffen wollen, für einen begrenzten Zeitraum für wirkungsvoll und ethisch vertretbar gehalten.

Inzwischen ist indessen die Gefahr noch stärker ins Bewusstsein getreten, dass durch Fehler in der Alarmkette ein Einsatz von Atomwaffen ausgelöst werden kann, der nicht mehr unter Kontrolle zu bringen ist. Und man darf angesichts der Irrationalität weltpolitischer Führungsfiguren in den letzten Jahren vielleicht auch einen Verlust von Vertrauen in die Verlässlichkeit eines verantwortungsvollen Umgangs mit dem ungeheuerlichen Zerstörungspotential diagnostizieren, das mit der Einsatzbereitschaft der Atomwaffen verbunden ist.

Dieser Hinweis zeigt schon, wie unsinnig die Zuschreibungen sind, die gerne von den Verteidigern des gegenwärtigen Abschreckungssystems an deren Kritikern vorgenommen werden. Wer die Abschreckung verteidigt, orientiere sich an Verantwortungsethik. Wer sie kritisiert, sei geleitet von Gesinnungsethik. Erlauben Sie mir daher eine kurze Klärung in dieser Hinsicht.

### Gesinnungs- und Verantwortungsethik

Gesinnungsethik und Verantwortungsethik zwischen solchen Positionen oder auch zwischen Kirche und Politik aufzuteilen wird der Komplexität der Motive auf den unterschiedlichen Seiten nicht gerecht. Es wäre aber vor allem eine Entstellung der Intentionen, mit denen dieses Begriffspaar ursprünglich eingeführt wurde. Denn genau den Zusammenhang in der Unterscheidung beider hat Max Weber ausdrücklich hervorgehoben, als er vor bald einem Jahrhundert in seinem Vortrag „Politik als Beruf“ das Wortpaar einführte.

Gesinnungsethiker sind für Weber jene Menschen, die sich keine Gedanken über die Folgen ihres Handelns machen oder jedenfalls nicht bereit sind, für diese Folgen Verantwortung zu übernehmen. Verantwortungsethiker dagegen machen sich Gedanken über die Folgen ihres Tuns und richten ihr Handeln danach aus. Entscheidend aber ist für Weber, dass sie auch bei ihrem verantwortlichen Handeln von einer Gesinnung geleitet sind und sein müssen.

Unermesslich erschütternd sei es, sagt Weber, „wenn ein reifer Mensch - einerlei ob alt oder jung an Jahren -, der diese Verantwortung für die Folgen real und mit voller Seele empfindet und verantwortungsethisch handelt, an irgendeinem Punkte sagt: ‚Ich kann nicht anders, hier stehe ich‘. Das ist etwas, was menschlich echt ist und ergreift. Denn diese Lage muss freilich für jeden von uns, der nicht innerlich tot ist, irgendwann eintreten können. Insofern sind Gesinnungsethik und Verantwortungsethik nicht absolute Gegensätze, sondern Ergänzungen, die zusammen erst den echten Menschen ausmachen, den, der den ‚Beruf zur Politik‘ haben kann.“

Dieser O-Ton Max Weber zeigt: Wir müssen aufhören, eine klare Orientierung an ethischen Grundüberzeugungen auf der einen Seite und politischen Realismus auf der anderen Seite gegeneinander auszuspielen. Es ist nicht hilfreich für die öffentliche Diskussion, für eine bestimmte politische Position das Merkmal „Realismus“ in Anspruch zu nehmen und abweichende Meinungen unter Blauäugigkeitsverdacht zu stellen oder der Humanitätsduselei zu verdächtigen.

Was heißt das nun für die aktuelle Diskussion um Nuklearwaffen?

#### [Zur aktuellen Diskussion](#)

Die UN-Resolution 71/258 vom 6. Juli 2017 setzt einen **Atomwaffenverbotsvertrag** (AVV oder Nuclear Ban Treaty) in Kraft, den zu dem Zeitpunkt 122 Länder unterschrieben haben, darunter aber keine der Atommächte aus dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV), – auch die Bundesregierung nicht. Deutschland hält bislang – trotz klarer Haltung gegen Atomwaffen – als Bündnispartner zur NATO und zu ihrer strategischen Ausrichtung. Die deutsche Politik zeigt aber deutliche Bemühungen, innerhalb der NATO-Partner und in der Weltgemeinschaft die kritische Position zu Atomwaffen zu stärken.

#### [Position der evangelischen Kirche](#)

Die Friedensdenkschrift "Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen" hat 2007 – ich habe schon kurz darauf hingewiesen - festgestellt: "Aus der Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden." (Ziff. 162).

Als Teil einer Delegation des Weltkirchenrats habe ich im August 2015 Hiroshima und Nagasaki besucht, um dort an den Gedenkfeierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Atombombenabwürfe an beiden Orten teilzunehmen. Bei der zentralen Gedenkfeier im Friedenspark von Hiroshima blickte man auf den "Atombombendom", dessen Ruine man nach den Abwürfen hat stehen lassen und der heute ein Mahnmal für den Frieden ist. Auch sonst war die Katastrophe noch präsent: Überall trugen Menschen Anstecker, mit denen sie die Abschaffung der Atomwaffen forderten. Und natürlich gibt es die Hibakusha, wie die Überlebenden der Katastrophe in Japan genannt werden. Sie erzählten darüber, wie damals den Opfern die Haut in Fetzen vom Körper hing oder wie die strahlenverseuchten Menschen unter ihrem unstillbaren Durst litten. Bei der zentralen Gedenkfeier wurden daher auch Wasserflaschen für die Opfer niedergelegt.

Gemeinsam mit der ÖRK-Delegation habe ich mich dort und seitdem auch in öffentlichen Stellungnahmen und in Hintergrundgesprächen mit der Politik für eine Unterstützung des von Österreich in die UN eingebrachten Atomwaffen-Verbotsvertrages (AVV) eingesetzt. Nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen ICAN, mit der auch der ÖRK eng verbunden ist, hat dieses Anliegen noch einmal starken Rückenwind erfahren.

Deutschland kann sich nicht dazu entschließen, ihn zu unterschreiben, weil es so mehr Möglichkeiten sieht, innerhalb des Bündnisses für eine Reduzierung der Atomwaffen zu werben. Ich respektiere diese Argumentation. Trotzdem folge ich ihr nicht. Dabei ist sicher auch nicht ohne Be-

deutung, dass es zur ureigenen Aufgabe der Kirche gehört, auf die Unvereinbarkeit eines möglichen Einsatzes atomarer Waffen mit dem christlichen Glauben hinzuweisen. Darüber muss Klarheit herrschen. Dass es dennoch Argumente dafür gibt, mit der Androhung eines Einsatzes genau zu verhindern, dass andere diese Waffen einsetzen, bleibt davon unbenommen. Sie bleiben aber mit einem unauflösbaren Widerspruch verbunden. Denn diese Drohung ist nur dann glaubhaft, wenn auch die Bereitschaft dazu glaubwürdig gemacht wird, sie – entgegen allen christlichen Grundorientierungen tatsächlich einzusetzen.

Viel überzeugender ist es, sich für ein Verbot dieser Waffen einzusetzen und sie damit weltweit zu ächten. Auch wenn klar ist, dass sie deswegen nicht gleich verschwinden, wird die ethische Qualifizierung dieser Waffen als in tiefem Widerspruch zu allen christlichen Grundorientierungen auch rechtlich abgebildet. Es gibt gute Gründe dafür, zu hoffen, dass damit ein Prozess befördert werden kann, den wir bereits bei den Chemiewaffen, den Landminen oder den Streubomben erlebt haben: Dass nämlich die vollständige weltweite Ächtung so deutlich zur Delegitimierung beiträgt, dass dann auch tatsächliche Abrüstungsschritte befördert werden.

### Was ist zu tun?

Die EKD-Synode hat am 10.11.2010 beschlossen: „Ächtung der Herstellung, Verbreitung und Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen“ ist der einzig gangbare Weg für „eine vollständige nukleare Abrüstung“. Wir unterstützen deswegen die Bundesregierung darin, Brücken zwischen Atomwaffenverbotsvertrag und Nichtverbreitungsvertrag auszuloten - etwa im Rahmen der „Non-Proliferation and Disarmament Initiative“ bei der Unterzeichnergruppe. Die EKD-Friedensdenkschrift empfiehlt als Hebel für atomare Abrüstung auch, auf einen konsequenten Teststopp zuzuarbeiten (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT), ein Abkommen über die Beendigung der Produktion von spaltbarem Material zu erreichen (Fissile Material Cut-Off-Treaty, FMCT) und auf die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen hinzuwirken. Das entspricht der Positionierung, die in der Friedensdenkschrift von 2007 aus der Einsicht gewonnen ist, dass die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als legitimes Mittel der Selbstverteidigung angesehen werden kann (Friedensdenkschrift Ziff. 162).

Als Kirche dürfen wir uns nicht als moralische Gegenmacht gegen diejenigen verstehen, die politische Verantwortung tragen und in den jeweiligen Dilemmasituationen manchmal schwere ethische Güterabwägungen vorzunehmen haben. Sie haben unsere kritische Solidarität. Denn eine Sozialethik, die nur dann funktioniert, wenn man sie nie anwenden muss, ist eine schlechte Sozialethik.

Zugleich haben Politik und Kirche nicht die gleiche Rolle. Der kritische Stachel, den die Kirche von ihrem ureigenen Auftrag her auch ins öffentliche Leben einzubringen hat, darf nicht durch reine Pragmatik abgeschliffen werden. Es steht der Kirche nicht an, vom moralischen Hochpodest aus die Politik zu kommentieren. Zu ihrer Orientierung beizutragen, das gehört allerdings zu ihrem ureigenen Auftrag.

Deswegen darf sie dem System der atomaren Abschreckung keine ethische Legitimität geben. Konstruktiv darüber nachdenken, wie dieses System tatsächlich überwunden werden kann und dabei alle Argumente gründlich prüfen, das darf sie nicht nur, das muss sie.

Deswegen bin ich dankbar für das heutige Symposium.